Dr. Michael Bürsch

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Fünf Handlungsfelder

1) Wirtschaft und Wachstum

Nicht jedes Wachstum bringt Fortschritt. Schon vor 40 Jahren hat der Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ beschrieben. Praktische Konsequenzen wurden aus diesen Erkenntnissen bislang kaum gezogen. Da sind nicht nur Politik und Wirtschaft gefordert, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, z.B. in ihrem Konsumverhalten. Richtiges Ziel wäre: „Wachsen soll, was die Gesellschaft zusammenhält, schrumpfen soll, was sie spaltet“ (Erhard Eppler).

2) Neuer Gesellschaftsvertrag

Wir stehen vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen in Bereichen wie: Demographie, Bildung, Gesundheit, Integration, Pflege etc. Diesen Herausforderungen können wir nur durch ein Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft begegnen. In einem Neuen Gesellschaftsvertrag geht es darum, die Gemeinwohlverpflichtung des Staates zu verknüpfen mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen und der Möglichkeit von Bürgerinnen und Bürgern, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen bei der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben nutzbar zu machen (bürgerschaftliches Engagement).

3) Demokratie und Bürgerbeteiligung

60 Jahre nach Erlass des Grundgesetzes macht sich in Deutschland eine grundlegende Skepsis gegenüber dem System der parlamentarischen Demokratie breit. Was droht, ist ein Zustand der „Postdemokratie“ (Colin Crouch), in dem die Verfahren im demokratischen Rechtsstaat zwar formal einwandfrei funktionieren, die Demokratie insgesamt aber in eine kritische Phase gerät, weil die demokratische Begeisterung erlahmt. Demokratie ist erheblich mehr als die Ausübung des Wahlrechts. Es ist ein Projekt der Selbstbestimmung im menschlichen Zusammenleben, der „Einmischung in die eigenen Angelegenheiten“ (Max Frisch). Lebendige Demokratie ist auf aktive Bürgerschaft und demokratische Emphase angewiesen. Verstärkte Bürgerbeteiligung ist ein wesentlicher Beitrag zur Wiederbelebung der Demokratie.

4) Die Weisheit der Vielen

Größere Gruppen von Menschen besitzen oft mehr Intelligenz als der klügste Einzelne in ihren Reihen. Auch wenn die allermeisten Angehörigen einer Gruppe nicht sonderlich informiert sind, so vermögen sie als Kollektiv doch zu vernünftigen Urteilen zu kommen.

Diese „Weisheit der Vielen“ (James Surowiecki) gilt es bei allen Formen der Bürgerbeteiligung zu nutzen. In partizipativen Konsultationsverfahren fördert die Einbeziehung kollektiver Weisheit die Akzeptanz und Legitimation politischer Entscheidungen. Wichtig ist hierbei die sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Partizipation und repräsentativer Demokratie.

5) Politische Bildung 2020

Richtig ist: „Demokratie braucht politische Bildung“ (Münchener Manifest 1997). Entscheidende Frage ist indes, wie politische Bildung in Zukunft stattfinden soll und wie die „Weisheit der Vielen“ (auch der vielen Älteren) in die Arbeit einbezogen werden kann, welche Beteiligungsformen gewählt werden, welche Zielgruppen mit welchen Methoden und Instrumenten angesprochen werden etc. Gerade nach den Erfahrungen von Stuttgart 21 wird es auch um Nutzen und Erfolgsfaktoren von internetgestützten Verfahren der Bürgerbeteiligung gehen. Interessant ist nicht zuletzt die Frage, wie die Organisationen der politischen Bildung die erstrebenswerte Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft fördern können – zum Beispiel durch sektorenübergreifende Diskursangebote und Ermöglichung gemeinsamer Meinungs- und Willensbildung.

Februar 2011